

# Industrie im Würgegriff der europäischen Klimapolitik

Klimaschutzziele dürfen Standort Oberösterreich nicht gefährden!

## STANDPUNKT. **WIR**tschaft

Mag.<sup>a</sup> Doris Hummer  
Präsidentin der WKO Oberösterreich

DI Roland Faihs  
Designierter Vorsitzender der öö. Papierindustrie

Mag. Erich Frommwald  
Energiesprecher der Sparte Industrie der WKOÖ

DI Günter Rübiger  
Obmann der Sparte Industrie der WKOÖ

Linz, 20.2.2018

## WKOÖ-Präsidentin Mag.<sup>a</sup> Doris Hummer Überzogene Klimaschutzziele der EU dürfen den Standort Oberösterreich nicht gefährden

„Die künftige Ausrichtung der Energie- und Klimapolitik in Europa ist für den industriell geprägten Wirtschaftsstandort Oberösterreich von entscheidender Bedeutung. Die WKOÖ stemmt sich daher entschieden dagegen, dass die großen Fortschritte der oberösterreichischen Industrie in Sachen Energieeffizienz und Klimaschutz jetzt durch die überzogenen neuen Vorgaben des Pariser Klimaschutzabkommens in Frage gestellt werden“, kritisiert WKOÖ Präsidentin Doris Hummer den Plan der Europäischen Union, den Treibhausgasausstoß bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent zu senken.

Hummer: „Europa hat derzeit einen Anteil von 9,6 Prozent an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen, im Jahr 2030 werden es nur noch 7 Prozent sein. Und Österreich hat mit einem Anteil von 2 Promille praktisch überhaupt keinen Einfluss auf das globale Klima. Die WKO Oberösterreich hat sich daher an einer vom Energieinstitut an der JKU Linz erstellten Studie beteiligt, um die Auswirkungen der Pariser Klimaschutzziele auf die energieintensive oberösterreichische Industrie genau zu prüfen. Denn es kann doch nicht sein, dass unsere vergleichsweise schon saubere Industrie mit immer neuen Klima-Vorschriften drangsaliiert wird, während in China und anderen großen Ländern der Erde der CO<sub>2</sub>-Ausstoß weiter ansteigt. Das Resultat wäre nämlich, dass die rücksichtslosen Luftverpester in Asien im internationalen Wettbewerb auch noch am erfolgreichsten sind, weil sie klarerweise viel billiger produzieren können.“

### Kernaussagen:

- Bei einer direkten Übertragung der aktuellen europäischen CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele auf jene energieintensiven österreichischen Industriebetriebe, die aufgrund einer EU-Richtlinie „Emissionszertifikate“ vorweisen müssen (ETS-Unternehmen), müssen diese Betriebe mit deutlich höheren Kosten und einer damit verbundenen Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit rechnen. Aufgrund der hohen Industrialisierung wäre der Standort Oberösterreich deutlich stärker betroffen als andere Bundesländer.
- Bis 2030 können diese produktionsintensiven Industriebetriebe ihre CO<sub>2</sub>-Reduktionsverpflichtung zum Großteil noch über den Zukauf von zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Zertifikaten erfüllen. Danach könnten die vorgegebenen Klimaziele jedoch nur mehr dann erreicht werden, wenn auch Technologiesprünge eine klimaneutrale Produktion ermöglichen.

- Die größten Probleme für die öö. Industrieunternehmen werden daher erst nach dem Jahr 2030 erwartet. Die Ungewissheit darüber, ob die kostenlose Zuteilung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten auch nach 2030 weitergeführt wird oder nicht, erschwert aktuell zwar noch genaue Prognosen. Laut einer Schätzung der WKO Oberösterreich könnten die Kosten für die betroffenen oberösterreichischen Unternehmen für zusätzliche CO<sub>2</sub>-Zertifikate im schlimmsten Fall bis 2050 von jetzt einigen Millionen Euro pro Jahr auf über eine Milliarde Euro jährlich ansteigen!

„Es kann nicht Ziel des Emissionshandels-Systems sein, die Produktion zurückzufahren, nur damit die ambitionierten Ziele des Pariser Klimavertrages erreicht werden“, fordert Hummer mehr Realismus insbesondere in der europäischen Klimapolitik ein. „Denn zu hoch gesteckte Ziele bewirken praktisch nichts für den Klimaschutz, gefährden aber die Versorgungssicherheit, den Wirtschaftsstandort und damit auch wertvolle Arbeitsplätze“.

## **Neue Strategien auf EU- und Bundesebene müssen Erfolge honorieren!**

Die WKO Oberösterreich wird sich sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene vehement für eine „Energiepolitik mit Augenmaß“ einsetzen.

- Europa ist gerade dabei, mit dem so genannten “Clean Energy Package” die rechtlichen, organisatorischen und technischen Klimaschutz-Rahmenbedingungen bis 2030 und darüber hinaus festzulegen. Hier muss die österreichische Ratspräsidentschaft im Herbst dieses Jahres unbedingt dazu genutzt werden, die einzelnen Teilpakete wie etwa die Energieeffizienz-Richtlinie, die Gebäurerichtlinie und insbesondere das Emissionshandelssystem wirtschaftsfreundlich auszugestalten.
- Die neue Bundesregierung hat angekündigt, die neue Klima- und Energiestrategie des Bundes bis zum heurigen Sommer zu finalisieren. Nach dem Vorbild Oberösterreichs müssen die Ziele und Maßnahmen der neuen bundesweiten Strategie positive Standorteffekte und beschäftigungspolitische Perspektiven im Fokus haben.
- Die Energie- und Klimastrategie des Landes wurde erst im Vorjahr in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft grundlegend überarbeitet. Anstelle absoluter Zielvorgaben für Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen wurden ambitionierte relative Ziele für die Energie- und Treibhausgasintensität festgelegt. Dies kommt der Umwelt zugute und ermöglicht trotzdem Wirtschaftswachstum.

„Alle neuen Klimaschutzstrategien werden nur dann erfolgreich sein, wenn neben der Nachhaltigkeit auch die Versorgungssicherheit, die

Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Leistbarkeit der Energieversorgung für die Verbraucher gewährleistet werden“, ist die Präsidentin der WKÖ überzeugt.

Die wirtschaftliche Bedeutung der energieintensiven heimischen Unternehmen ist enorm: Diese öö. Produktionsbetriebe bieten rund 166.000 Arbeitern und Angestellten gute und zukunftsfähige Jobs, rund 22.000 dieser Arbeitsplätze finden sich in unseren rund 30 öö. Unternehmen, die dem Emissionshandel unterliegen.

## DI Roland Faihs, designierter Vorsitzender der öö. Papierindustrie Die besondere Rolle der öö. Industrie bei den Treibhausgas-Zielen berücksichtigen

Der 2003 vom EU-Parlament beschlossene EU-Emissionshandel (ETS-Emissions Trading System) soll die Treibhausgasemissionen unter möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten senken. Betroffen sind energieintensive Sektoren der Industrie wie etwa die Eisen und Stahlproduktion, Papierfabriken, Zementwerke sowie die Stromerzeugung. Das System beruht darauf, dass die Betreiber einer erfassten Anlage für jede Tonne emittiertes CO<sub>2</sub> ein handelbares und unbegrenzt gültiges Zertifikat kaufen müssen und die Menge dieser Zertifikate begrenzt ist.

Die öö. Industrie bekennt sich zu nachhaltigem Handeln. In Hinblick auf die Klimaschutzziele sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- Die vom ETS besonders betroffenen Betriebe befinden sich überwiegend im internationalen Wettbewerb und es darf durch regionale Zusatzbelastungen nicht zu Wettbewerbsverschiebungen kommen.
- Wir produzieren in OÖ in einem Hochlohnland und waren durch diesen Umstand in den letzten Jahrzehnten gezwungen, in den Bereichen Produktivität und Energieeffizienz auf höchstem Niveau zu arbeiten um konkurrenzfähig zu sein. Somit ist das zusätzliche Verbesserungspotenzial bei bestehenden Technologien begrenzt.

„Im Jahr 2014 wurden in Oberösterreich insgesamt 22,1 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> emittiert, wobei 52 Prozent davon auf die - dem Emissionshandel unterliegenden - öö. ETS-Unternehmen entfallen. In Summe zeichnen diese Unternehmen für ca. 12,8 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> verantwortlich“, so der neue Vorsitzender der öö. Papierindustrie, DI Roland Faihs.

Unter der Annahme, dass die in Paris vereinbarten Reduktionsziele vom Bund direkt auf die Bundesländer verteilt werden, würde sich für die öö. ETS-Betriebe 2030 ein maximales CO<sub>2</sub>-Budget von ca. 6,6 Mio. Tonnen ergeben. Der Zielwert für 80 Prozent CO<sub>2</sub>-Reduktion 2050 liegt bei 2,1 Mio. Tonnen. Bei 95 Prozent Reduktion dürften die heimischen ETS-Unternehmen 2050 gar nur noch 0,5 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> emittieren. In der Studie des Energieinstitutes wurde diese spezielle oberösterreichische Standortsituation mit dem überproportionalen industriellen Anteil bei der Herleitung der THG-Emissionspfade berücksichtigt.

Ausgehend von den Prognosen des Umweltbundesamtes sowie den Daten der EU-Kommission wird mit steigenden Prozessemissionen gerechnet. Gründe dafür sind zum einen die vielfach bereits ausgeschöpften technologischen Möglichkeiten und zum anderen das erfreulicherweise steigende Wirtschaftswachstum.

Besonders deutlich werden die immensen Herausforderungen, welche auf die öö. Industrie zukommen, im Vergleich der Emissionsanteile der ETS-Industrieunternehmen: Diese betragen aktuell in Europa rund 13 Prozent, in Österreich 28 Prozent und in Oberösterreich 52 Prozent der gesamten Emissionen. Für größere Einsparungen wären daher Technologiesprünge notwendig, die sich im Untersuchungszeitraum bis 2030 jedoch nicht abzeichnen. Im Gegenteil: die heimischen Unternehmen, haben die möglichen Energieeffizienzpotenziale bereits weitgehend ausgenutzt.

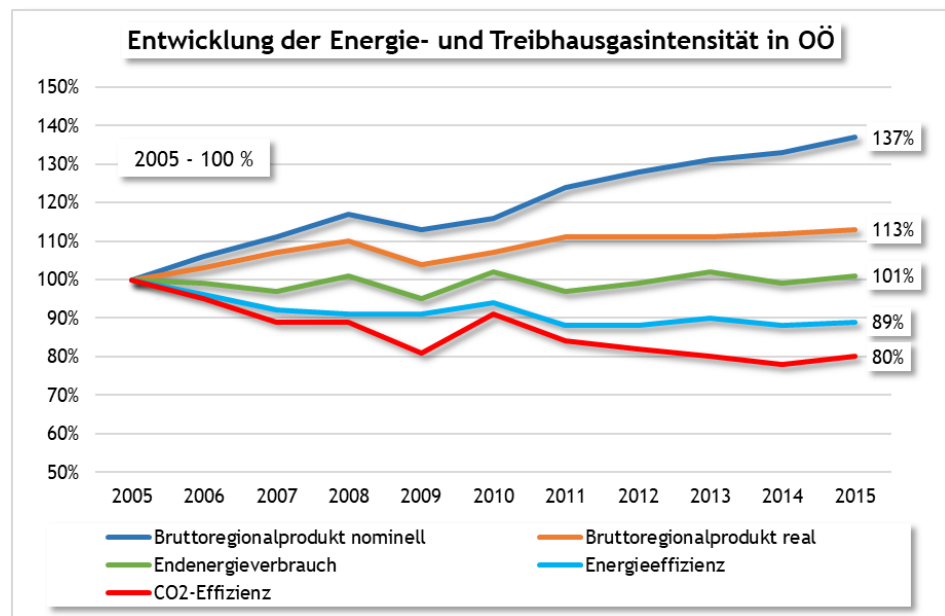
Die vom Energieinstitut durchgeführte volkswirtschaftliche Analyse der 2030 Klimaziele kommt zu folgendem Ergebnis:

- Von 2015 bis 2030 entsteht den öö. ETS-Unternehmen durch den notwendigen Zertifikate-Zukauf eine durchschnittliche jährliche Kostenbelastung zwischen 69 und 126 Mio. Euro, wobei eine Preisentwicklung der Zertifikate zwischen 20 und 50 Euro/tCO<sub>2</sub> im Jahr 2030 angenommen wurde.
- Je nach Zertifikatspreis liegt die Kostenbelastung der öö. ETS-Unternehmen im Jahr 2030 zwischen 142 und 284 Mio. Euro.
- Das öö. Bruttoregionalprodukt sinkt bis 2030 durchschnittlich zwischen ca. 112 und 198 Mio. Euro pro Jahr.
- Im Jahr 2030 beträgt der zusätzliche Rückgang des Bruttoregionalprodukts je nach Zertifikatspreis zwischen ca. 223 und 438 Mio. Euro.
- Bis 2030 könnten zwischen 5.600 und 10.800 Arbeitsplätze verloren gehen.

Zentraler Auslöser dieser Entwicklungen ist, dass durch den notwendigen Zukauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten durch die Unternehmen, Betriebsvermögen aus Oberösterreich abfließt. Andernfalls könnte dieses Betriebsvermögen für Investitionstätigkeiten in der energieintensiven Industrie und in der Energieversorgung genutzt werden.

**Mag. Erich Frommwald - Energiesprecher der Sparte Industrie  
 OÖ Unternehmen bei Energieeffizienz und  
 Umweltschutz im internationalen Spitzenfeld**

„Die heimischen Unternehmen investieren laufend in Energieeffizienz und Klimaschutz“, verweist der Energiesprecher der oö. Industrie, Erich Frommwald auf den steigenden Kostendruck. Dies zeigt sich auch bei den entsprechenden Kennzahlen. So hat das Bruttoregionalprodukt zwischen 2005 und 2015 real um 13 Prozent zugenommen, während der Endenergieverbrauch stabil gehalten werden konnte. Die Energieintensität - welche den Endenergieverbrauch ins Verhältnis mit dem Bruttoregionalprodukt setzt - konnte so in diesem Zeitraum um 11 Prozent, die Treibhausgasintensität gar um 20 Prozent verbessert werden.



Quelle: Oö. Energiebericht 2016

Konkretes Beispiel: Mit Hilfe einer ausgeklügelten und preisgekrönten Abluftreinigung und Wärmerückgewinnung wurde das Kirchdorfer Zementwerk europaweit die ressourcenschonendste und emissionsärmste Zementproduktion mit den höchsten Sicherheitsstandards.

Vor diesem Hintergrund stößt daher das im Plenum des Europäischen Parlaments erst vor kurzem verschärfte Zielbündel für 2030 zum „Clean Energy Package“ auf Kritik der heimischen Wirtschaft: Die vom Parlament eingeschlagene Richtung mit einer Treibhausgasreduktion von 40 Prozent, einer Verbesserung der Energieeffizienz um mindestens 35 Prozent und einem steigenden Anteil an erneuerbaren Energien auf 35 Prozent geht in die falsche Richtung.

„Aus Sicht der oberösterreichischen Wirtschaft ist es nicht zielführend, die ohnehin schon hochgesteckten Zielvorgaben der Europäischen Kommission nochmals mit überbordenden Zielen zu toppen. Dies würde lediglich die Kosten für den notwendigen Umbau des Energiesystems erhöhen und damit den Produktionsstandort gefährden, ohne einen ökologischen Mehrwert zu schaffen“, so Frommwald.

### **Unterstützungsmechanismus für indirekte CO2-Kosten auch in Österreich einführen**

Mit Beginn der dritten Handelsperiode des EU-Emissionshandelssystems 2013 wurde den Stromerzeugern die bis dahin kostenlose Zuteilung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten gestrichen. Diese „indirekten“ Kosten für die benötigten Zertifikate erhöhen seither den Strompreis für die Kunden und können ein Mehrfaches der direkt von den Unternehmen zu tragenden CO<sub>2</sub>-Kosten ausmachen.

In Österreich wird die von der Emissionshandels-Richtlinie vorgesehene Möglichkeit der Refundierung dieser indirekten CO<sub>2</sub>-Kosten aus budgetären Gründen bisher nicht in Anspruch genommen. Das bringt den heimischen Betrieben massive Wettbewerbsnachteile gegenüber Deutschland und zahlreichen weiteren Mitgliedstaaten, welche diese Maßnahme bereits erfolgreich nutzen.

„Im Sinne eines attraktiven Wirtschaftsstandortes ist es daher notwendig, diese Kompensationsmaßnahme auch in Österreich umzusetzen, damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen gegenüber ihren internationalen Mitbewerbern erhalten bleibt, welche derartige Kosten nicht tragen müssen“, schließt Frommwald.



## DI Günter Rübiger - Obmann der Sparte Industrie der WKÖ Europäischer Emissionshandel nur im Einklang mit Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen

Erst vor wenigen Tagen fassten das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission nach jahrelangem Ringen einen gemeinsamen Beschluss, wie der EU-Emissionshandel für die Jahre 2021 bis 2030 ausgestaltet werden soll. „Der Großteil der gefassten Beschlüsse läuft leider auf Verschärfungen für die betroffenen Unternehmen hinaus“, kritisiert der Obmann der Sparte Industrie, Günter Rübiger diese Entscheidungen.

- Die Zertifikatmenge soll ab 2021 stärker als bisher abgesenkt werden, indem der jährliche lineare Reduktionsfaktor von 1,74 auf 2,2 Prozent erhöht wird.
- Die ETS-Marktstabilitätsreserve soll von 12 auf 24 Prozent verdoppelt werden.
- Zusätzlich wurde ein Mechanismus zur automatischen Löschung von Zertifikaten eingeführt, der ab 2023 schlagend wird.

„Diese künstliche Verknappung der Zertifikate wird besonders kritisch gesehen, weil mittelfristig mit einem signifikanten Anstieg gerechnet werden muss und dies auf einen Standortnachteil im internationalen Wettbewerb hinausläuft“, zeigt sich Rübiger besorgt.

In letzter Sekunde ist zumindest die Anhebung des Anteils an kostenlos zugeteilten Zertifikaten um 3 Prozent für effizient produzierende Unternehmen gelungen. Auch Risiko-Branchen wie etwa der Zementindustrie werden nach wie vor ausreichend Gratis-Zertifikate zuerkannt, indem dieser wichtige Sektor auf der Carbon Leakage-Liste verbleibt.

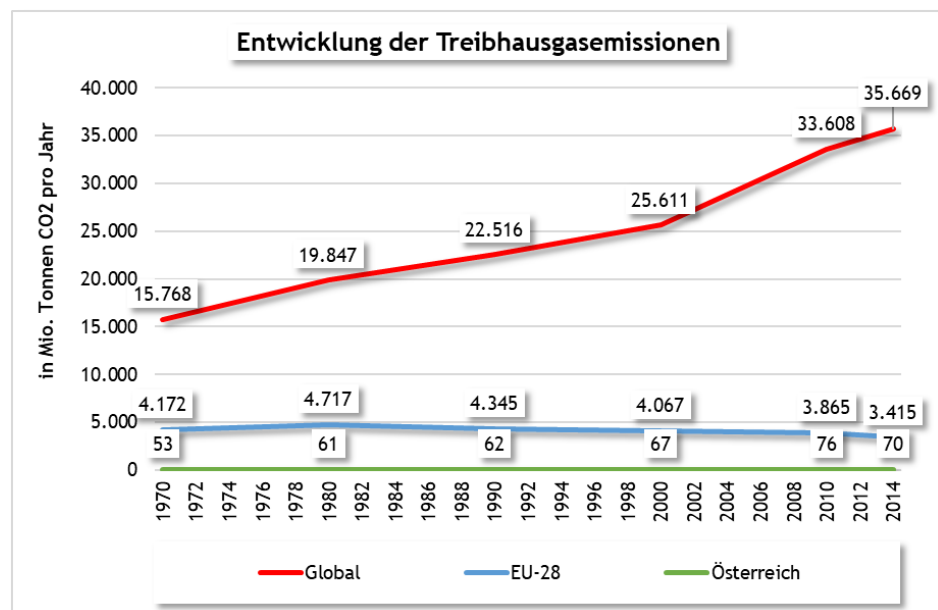
Mit der „Carbon Leakage“-Regelung soll verhindert werden, dass energie- bzw. CO<sub>2</sub>-intensive Unternehmen aus Kostengründen aus Europa abwandern. Die Standortverlagerung in klimapolitisch weniger ambitionierte Länder hätte zweifach negative Folgen. Zum einen würden Wertschöpfung und damit Arbeitsplätze in Europa verloren gehen, zum anderen würden die globalen Treibhausgasemissionen weiter zunehmen.

Für die Ausgestaltung der künftigen Energie- und Klimapolitik stehen für die öö. Industrie folgende Maßnahmen im Vordergrund:

- Bessere Abstimmung der Energie- und Klimastrategien zwischen Europa, Mitgliedstaaten und Regionen. Die Strategien sollten durchgängig sein und realistische Zielvorgaben sowie konkrete Entwicklungspfade enthalten.

- Effizienterer Einsatz der Fördermittel, um mit zusätzlichen Anreizen brachliegende private Investitionspotentiale zu mobilisieren.
- Verstärkte Forschung zur Sektorkopplung der intelligenten Verknüpfung von Strom-, Wärme-, Kälte- und Mobilitätsanwendungen
- Keine weiteren dirigistischen Eingriffe in das marktwirtschaftliche Instrument des Zertifikatehandels.
- Die freie Zuteilung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate für modernste Anlagen, welche entsprechend den EU-Benchmarks produzieren, muss jedenfalls beibehalten werden.
- Dies gilt auch für die Carbon Leakage Regelung für energieintensive, im internationalen Wettbewerb stehende Betriebe, solange andere Wirtschaftsräume keine vergleichbar strengen Reduktionsverpflichtungen eingehen.

„Die öö. Industrie bekennt sich nach wie vor zum Klimaschutz. Die ambitionierten europäischen Zielvorgaben zur CO<sub>2</sub>-Reduktion dürfen aber nicht unreflektiert aliquot auf die einzelnen Mitgliedstaaten und Regionen verteilt werden, sondern müssen die besonderen regionalen wirtschaftlichen Aspekte der energieintensiven Industrie berücksichtigen,“ fordert Rübzig. Sämtliche Anstrengungen der heimischen Unternehmen werden jedoch zur globalen Zielerreichung nichts beitragen können, wenn nicht international massive Maßnahmen gesetzt werden, um die Treibhausgasemissionen drastisch zu reduzieren. Beispielsweise sind seit den 1970er Jahren die CO<sub>2</sub>-Emissionen der EU 28 trotz steigender Wirtschaftsleistung um 20 Prozent gesunken. Auch in Österreich haben diese Emissionen in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Global hingegen haben sich die Emissionen im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt.

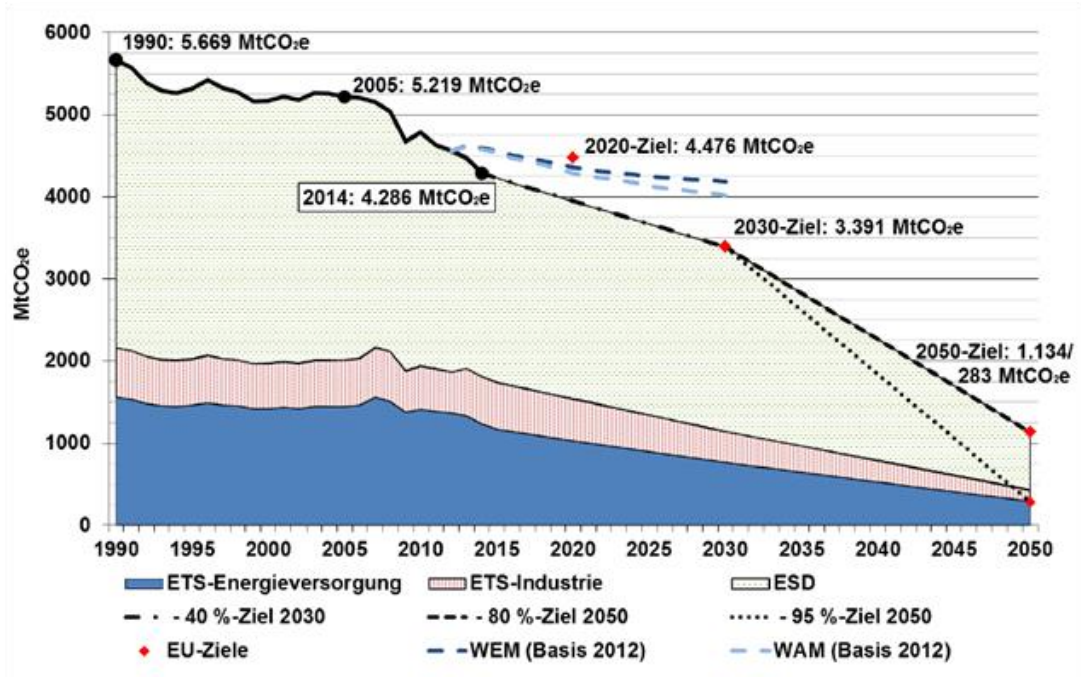


Quelle: Emission Database for Global Atmospheric Research (EDGAR)

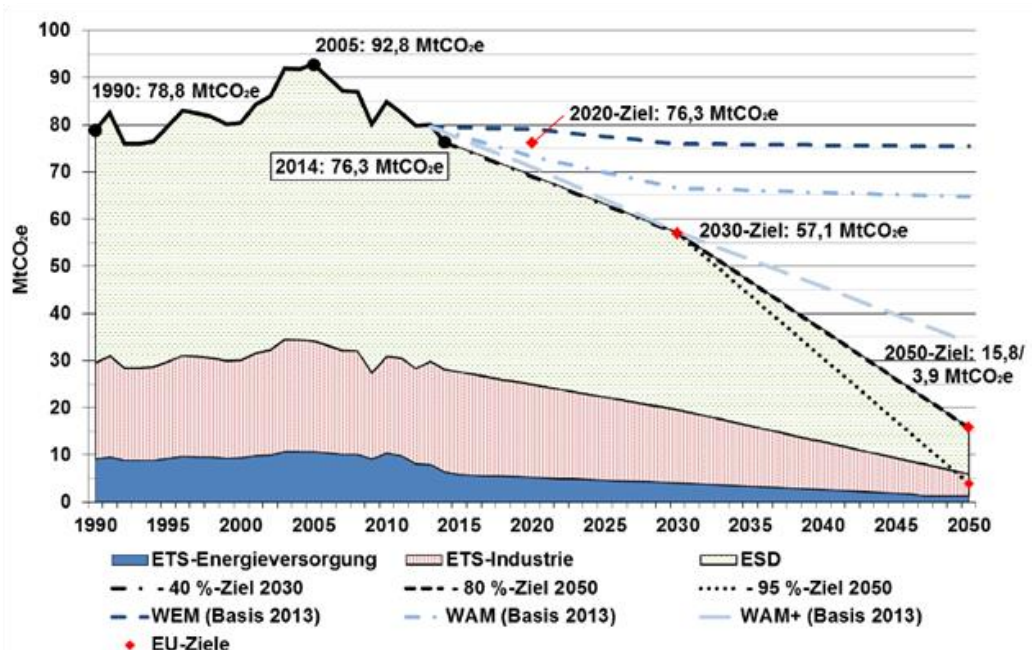
Viele der derzeitigen Strategien und Maßnahmen zielen zudem auf ein kostspieliges System zur alleinigen Verhinderung der Auswirkungen der Klimaerwärmung ab. „Es ist auch an der Zeit sich etwaige Anpassungsstrategien zu überlegen. Dabei kann die heimische Wirtschaft einen wichtigen Beitrag leisten,“ so Rübzig abschließend.

# Historische Entwicklung und Treibhausgas-Zielpfade 1990 - 2050

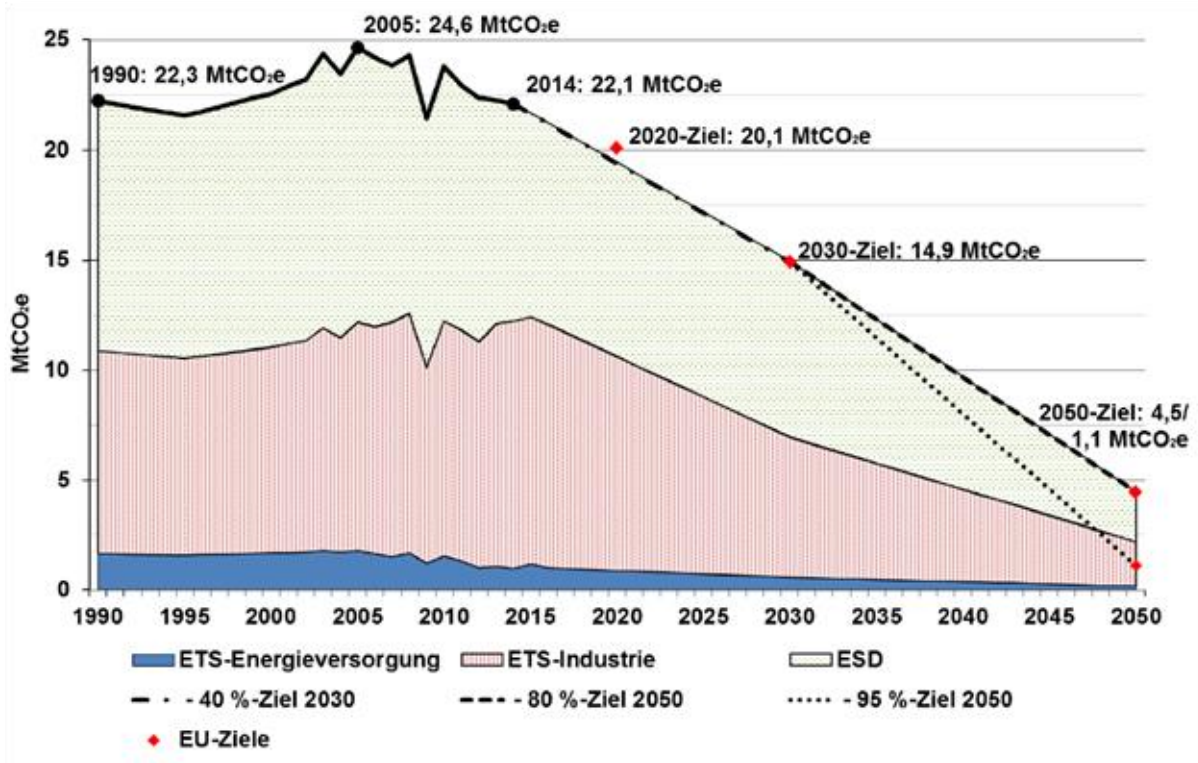
Emissionsanteile der ETS-Industrie (rot schraffiert)  
In Europa 13 Prozent



In Österreich 28 Prozent



## In Oberösterreich 52 Prozent



Quelle: Energieinstitut an der Johannes Kepler Universität Linz